



# Flüchtlinge ohne Perspektive

Die Rückkehrberatung verliert ihre Unschuld

Stefan Dünnwald

**Um es vorweg zu nehmen: es gibt Migranten, es gibt Flüchtlinge, die zurückkehren wollen in ihr Herkunftsland. Es ist sinnvoll, diese Menschen bei der Organisation ihrer Heimkehr und bei der Reintegration in ihr Herkunftsland zu unterstützen. Ebenso klar ist jedoch auch, dass der Rückkehrförderung das staatliche Interesse zugrunde liegt, Migranten zur Ausreise zu bewegen. Dies gilt seit spätestens den siebziger Jahren, als erste Rückkehrförderungsprogramme für Arbeitsmigranten aufgelegt wurden. Schon damals stellte sich die grundsätzliche Frage, ob für Migranten eine Rückkehr eine realistische und erfolgversprechende Option ist und ob die Rückkehrförderung in der Lage ist, eine solche Perspektive anzubieten. Die vollmundigen Versprechungen, die seit einiger Zeit hinsichtlich der Rückkehrberatung und -förderung kursieren, legen eine kritische Revision der Rückkehrberatung, ihrer Ziele und Möglichkeiten nahe.**

Die Rückkehrhilfen, die zur Zeit angeboten werden, umfassen eine Beratung hinsichtlich der Reisemodalitäten, die Übernahme von Reisekosten und die Auszahlung einer Starthilfe im Rahmen von Rückkehrförderungsprogrammen GARP und REAG, die ebenso wie die Organisation von Flugreisen im wesentlichen über die IOM (International Organization for Migration) mit Sitz in Genf (bzw. durch die deutsche Niederlassung in Bonn) abgewickelt werden<sup>1</sup>. Daneben gibt es einige weitere Stellen, die eine Rückkehrförderung betreiben, und wo neben Existenzgründungsberatungen auch Weiterbildungskurse und materielle Hilfen angeboten werden.

Neben diesen etablierten Rückkehrhilfen gibt es seit kürzerem verstärkte Bemühungen von verschiedener Seite, den Bereich der Rückkehr insbesondere von Flüchtlingen zu intensivieren und auszubauen. Neben neuen, teils transnationalen Anstrengungen der zwangsweisen Rückführung durch Abschiebung entstanden vielerorts sogenannte Ausreisezentren, in denen Flüchtlinge durch zermürende Befragungen die Rückkehr als einzige Option nahegelegt wird. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (inzwischen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, BAMF) in Zirndorf bei Nürnberg betreibt mit einer Datenbank die Vernetzung von Rückkehrberatungsstellen, Informationen zu

Herkunftsländern und allgemeinen Auskünften.(...)

Das Geschäft mit der Rückkehr boomt. Wann ist jedoch Rückkehrberatung und -hilfe sinnvoll, wann ist sie im Interesse derjenigen, die eine Beratungsstelle aufsuchen und welche Rolle spielt dabei die Freiwilligkeit der Betroffenen?(...)

## Der Mythos der Rückkehr

Viele Gründe lassen sich anführen, weshalb die Hoffnungen von Heimkehrern oft zerschellen. Bei Flüchtlingen potenzieren sich die Gründe, die eine Rückkehr zu einem höchst riskanten Unternehmen machen. Die Bürgerkriegsflüchtlinge Ex-Jugoslawiens waren zum Beispiel mit ethnischen Umgruppierungen konfrontiert, ihre Häuser waren, sofern sie nicht zerstört waren, häufig von Daheimgebliebenen anderer ethnischer Zugehörigkeit okkupiert. Sie mussten in ein ökonomisch am Boden liegendes Land zurückkehren, wo es keine Baumaterialien, keine Unterkünfte, mangelhafte Gesundheitsversorgung, Kriminalität, Minen und vor allem, keine Arbeit gab. Andere Flüchtlinge sollen zurückkehren in Länder, in denen sich die Situation zwar geändert, aber nicht verbessert hat, Afghanistan oder Irak sind aktuelle Beispiele.(...)

## Rückkehr mit leeren Händen

Daneben gilt für alle zurückkehrenden Migranten, dass die Rückkehr mit leeren Händen nicht nur häufig existenzgefährdend, sondern vor allem auch eine psychische Barriere ist. Die Ängste der Rückkehrer sind nicht nur auf die ungewisse Zukunft gerichtet, sondern auch auf die Erwartungen der Daheimgebliebenen. Egal, welche Gründe jemand zur Ausreise oder Flucht bewogen haben: Vom Heimkehrer wird meist erwartet, dass er als gemachter Mann zurückkehrt. In Westafrika ist eine befristete Arbeitsmigration junger Männer (meist in die Landeshauptstadt, häufig aber auch ins Ausland) etablierte Form, Erfahrungen zu sammeln und Geld zu verdienen, sei es für ein geplantes Gewerbe oder für eine Heirat. Gerade aus Europa ohne angemessenen Erfolg zurückzukehren, ist für diese jungen Männer eine Schmach.

Durch die Migration verschieben sich zudem die solidarischen, familiären und freundschaftlichen Verpflichtungen. Obwohl viele Migranten aus Europa regelmäßig beträchtliche Summen nach Hause überweisen, sind die Erwartungen an die Heimkehrer hoch. Heimkehrern, die bei der Rückkehr kein Geld vorweisen

können, wird oft mit Unglauben begegnet oder vorgeworfen, sie wollten sich ihren Verpflichtungen entziehen. Loyalitäten und solidarische Beziehungen gehen in die Brüche. Andere stehen, nachdem sie die familiären Erwartungen bedient haben, mit leeren Händen da. Ihnen fehlt dann das Kapital, ein Unternehmen oder eine Familie zu gründen, mit dem sie sich eine eigene Existenz aufbauen oder auch nur angemessen zum Unterhalt der Familie beitragen können.

Das Ziel, im Aufnahmeland Ersparnisse anzuhäufen, gelingt vielen Migranten nur unzureichend. Zum einen bieten sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Migranten aus Entwicklungsländern nur geringbezahlte, beschwerliche und riskante Beschäftigungen. Für Asylsuchende kommen ein anfängliches Arbeitsverbot sowie eine Reihe einschränkender Auflagen hinzu. Die Akkumulation von Ersparnissen geht also, wenn überhaupt, nur langsam vonstatten. Eine Verlängerung der Aufenthaltsdauer führt in aller Regel zu einer schrittweisen Angleichung des Lebensstandards an die Aufnahmegesellschaft. Dies gilt gerade dann, wenn, insbesondere bei Familien, eine stärkere Integration in die sozialen Netzwerke und Institutionen der Aufnahmegesellschaft erfolgt. Dies führt zu erhöhten Lebenshaltungskosten und erschwert die Bildung von Rücklagen. Daneben sind periodische Überweisungen an Familienmitglieder im Herkunftsland eine dauerhafte Belastung. Schließlich führen die Unkenntnis über Anlagemöglichkeiten, Unsicherheiten und hohe Kosten des Geldtransfers in das Herkunftsland manchmal zu erheblichen Verlusten.

## Was leistet die Rückkehrberatung?

Bei vielen Migranten und Flüchtlingen ist dennoch der Wunsch nach Rückkehr präsent, Risiken, Befürchtungen und praktische Hindernisse erschweren jedoch die Entscheidung. Gerade hier setzen die Konzepte der Rückkehrberatung und Rückkehrförderung ein.(...)

Die Möglichkeiten der Rückkehrförderung sind nichtsdestotrotz begrenzt. Sie können nur eine Unterstützung in engem organisatorischen, finanziellen und logistischen Rahmen bieten. So sind die Starthilfen, die in Form von Geld- oder Sachleistungen, aber auch als rudimentäre Ausbildung angeboten werden, in der Regel nur ein Anreiz. Selten sind sie zweckdienlich und ausreichend, um den Zurückgekehrten tatsächlich einen Neubeginn im Herkunftsland zu ermöglichen.(...)

**Stefan Dünnwald** ist Geschäftsführer im Bayerischen Flüchtlingsrat

## RÜCKKEHR

Um die Effizienz der Arbeit und Möglichkeiten von Rückkehrberatung und -förderung abschätzen zu können, bedürfte es schließlich einer unabhängigen Evaluation, wie die bereitgestellten Hilfen in der Praxis den Zurückgekehrten zugute kommen und wie diesen, unterstützt von Fördermitteln, eine Reintegration im Herkunftsland gelingt. Eine Evaluation wird von Rückkehrberatungsstellen bislang nur in Ausnahmefällen geleistet und ist nicht öffentlich überprüfbar. Eine unabhängige Bewertung der Effizienz von Rückkehrhilfen im Sinne nicht der geschafften Ausreisequoten, sondern der Startbedingungen der Rückkehrer im Herkunftsland ist eine nicht nur wünschenswerte, sondern notwendige Aufgabe der Verbände und Organisationen, die sich im Bereich Rückkehrhilfe engagieren. Ähnlich wie in den achtziger Jahren die gängigen Methoden der Entwicklungshilfe auf den Prüfstand gestellt wurden und aus der Kritik eine Neuorientierung bezüglich der Methoden und Projekte stattfand, ist eine kritische Betrachtung der Rückkehrberatung Voraussetzung für die Einschätzung des Wertes und des Erfolges rückkehrorientierter Maßnahmen. Solange eine solche Bewertung nicht erfolgt, haftet den Erfolgsmeldungen der Rückkehrhilfen ein Mangel an Glaubwürdigkeit an.

### Ein Ende mit Schrecken

Migranten, deren (befristeter) Aufenthalt abgelaufen ist, und Flüchtlinge, deren Asylantrag endgültig abgelehnt wurde, sind ausreisepflichtig. Zur Durchsetzung dieser Ausreisepflicht werden teils brachiale Methoden angewendet, Abschiebungshaft und Abschiebung gehen oft Arbeitsverbote, Einweisung in Ausreiselager oder Sammelunterkünfte sowie sonstige amtliche Drohgebärden voraus. Ausreise und Abschiebung werden immer wieder ungeachtet der tatsächlichen Integration von Migranten in die Gesellschaft des Aufnahmelandes angeordnet. (...) Die Durchsetzung der Ausreisepflicht wird als Maxime angesehen, nicht zuletzt, weil man glaubt, damit Einreisewillige abschrecken zu können.

Um diesem endlosen Schrecken zu entgehen, wählen Migranten und Flüchtlinge dann mitunter ein Ende mit Schrecken: eine Ausreise in die Ungewissheit, in riskante

Lebenssituationen, ohne Perspektive. Für viele stellt dies nicht das Ende, sondern eine Verlängerung der Flucht dar. Sie reisen in andere Staaten aus, oder, wenn eine Rückkehr oder Abschiebung nicht zu umgehen ist, dann lassen sie sich in Nachbarstaaten des Herkunftslandes ausfliegen, wo sie wenigstens ihres Lebens sicher sein können. Selbst Migranten, die gefahrlos in ihr Herkunftsland zurückkehren können, fallen, da sie mit leeren Händen kommen, aus den solidarischen Netzen heraus, landen auf der Straße oder in der Abhängigkeit von Hilfsprojekten vor Ort.

Ist die Rückkehrhilfe ein Polster, das den harten Fall bremsen kann? In manchen Fällen durchaus. Wie sieht es aber bei denjenigen Migranten und Flüchtlingen aus, deren Bereitschaft zur Rückkehr überhaupt nicht gegeben ist? (...)

Geradezu konterkariert wird die Freiwilligkeit der Rückkehrberatung in sogenannten Ausreisezentren, staatlichen Einrichtungen, die mit einem Arsenal unterschiedlicher Druckmittel Flüchtlingen die Perspektivlosigkeit eines weiteren Aufenthalt klarmachen sollen und die Ausreise als einzigen Ausweg nahe legen. Wenn Insassen dieser Einrichtungen schließlich müde in eine Ausreise einwilligen, wird ihnen, wie z.B. in Bayern, eine befristete (maximal dreimonatige) zunächst unbezahlte (gemeinnützige) Beschäftigung erlaubt, und das (dürftige) Äquivalent wird ihnen als Barmittel beim Grenzübertritt ausgehändigt. Auch diese Ausreise wird als freiwillig bezeichnet(...)

Mit der Gründung von Einrichtungen, die ausschließlich auf Rückkehrberatung und -förderung abstellen, verschärft sich die



### „Freiwillige“ Rückkehr

Für Flüchtlinge und für viele Migranten ist eine sog. Freiwilligkeit nicht gegeben. Dies beginnt schon bei der Beratung. Hier hat sich bei vielen Ausländerbehörden die Praxis eingebürgert, Flüchtlinge mit mehr oder weniger sanftem Druck auf die Beratungsstellen aufmerksam zu machen. So wird Flüchtlingen nicht selten angedroht, dass ihnen, wenn sie nicht eine Rückkehrberatung nachweisen können, die Duldung nicht verlängert oder die Arbeitserlaubnis entzogen wird. (...) Die Rückkehrberatung gerät zum Handlanger erzwungener Ausreise.

Problemlage. Zuvor waren verschiedene Migrationsdienste neben einer allgemeinen Sozialberatung auch mit Rückkehrberatung betraut. Hier konnten Migranten und Flüchtlinge im Hinblick auf ihre Perspektiven bezüglich Verbleib im Aufnahmeland, Weiterwanderung oder Rückkehr beraten werden. In der Abspaltung der Rückkehrberatung in gesonderte Beratungszentren spiegelt sich nicht nur das staatliche (und durch Kanalisierung der Geldmittel unterstrichene) Interesse an einer verstärkten Ausreise von Flüchtlingen und Migranten, sondern hier kann auch eine Perspektivenberatung im weiteren Sinne nicht mehr geleistet werden. Wer eine Rückkehrberatungsstelle aufsucht,

sieht in der Regel keinen anderen Ausweg mehr und kann auch keinen mehr vermittelt bekommen. Wenn zunehmend Migranten und Flüchtlinge durch Ausländerämter in die Rückkehrberatung getrieben werden, indem die „freiwillige“ Ausreise als einzige Alternative zur Abschiebung dargestellt wird, dann reduziert sich die Rückkehrberatung auf die technische Abwicklung der Ausreisemodalitäten und erfüllt nicht mehr die Kriterien einer Sozialberatung, da die Ausreise alternativlos ist. Weder die Beratungssituation noch die Rückkehr können dann noch mit dem Attribut der Freiwilligkeit versehen werden. (...)

### Flüchtlingsschutz ausgehebelt

Neben dem besorgniserregenden Ausbau der Rückkehrberatung ist die projektierte Ausweitung des von der AWO Bremerhaven betriebenen *Heimatgarten*-Projekts auf Bundesebene und weitere Herkunftsregionen besonders problematisch. Das Konzept beruht auf dem Aufbau von Strukturen zur sozialen Versorgung besonders schutzbedürftiger Gruppen, Alte, Behinderte, chronisch Kranken, Traumatisierten etc., in den Herkunftsländern.

Der Projektträger wirbt damit, dass gerade diese Menschen in ihrer Heimat und in der Nähe ihrer Verwandten mehr Geborgenheit, soziale Sicherheit und Unterstützung bekommen könnten, sowie, als Argument gegenüber dem Staat, die Versorgung auch wesentlich kostengünstiger sei und deshalb die Sozialkassen weniger belastet.

In zweierlei Hinsicht ist das Konzept problematisch. Zum einen fehlt auch hier jeder Ansatz einer unabhängigen Überprüfbarkeit der tatsächlich geleisteten Unterstützung. (...) Überdies ist die Unterstützung im Herkunftsland im Regelfall auf zwei Jahre befristet. Was im Anschluss mit den so ins Herkunftsland transferierten Betreuungsbedürftigen geschieht, wer für Folgekosten der Beratung, Versorgung mit Medikamenten und Therapien aufkommt, ist nicht hinreichend geklärt noch gesichert. (...)

Der zweite, ebenso gravierende Aspekt betrifft nicht die Situation der Betroffenen im Herkunftsland, sondern die hiesigen Auswirkungen eines solcherart propagierten „Hilfe“. Besonders hilfsbedürftige Personen genießen in der Bundesrepublik einen zwar vielfach defizitären, aber dennoch über das Minimum hinausgehenden Schutz. Insbesondere dürfen diese Personen in der Regel nicht abgeschoben werden. Ein Angebot, die medizinische Versorgung und Betreuung besonders Bedürftiger im Herkunftsland zu übernehmen, kann als Einladung an die Ausländerbehörden verstanden werden, Abschiebehindernisse für Länder, in denen *Heimatgarten*-Projekte bestehen, künftig zu ignorieren. Die Rückkehrhilfen eines Wohlfahrtsverbands könnten so dazu beitragen, die letzten Bastionen des Flüchtlingsschutzes in der Bundesrepublik auszuhebeln.

### Perspektiven und Alternativen

Eine Rückkehrberatung kann, soll sie eine seriöse und an sozialpädagogischen Grundsätzen ausgerichtete Beratung sein, nicht allein auf Rückkehr fokussieren. Sie muss dem Beratenen die Möglichkeiten vor Augen führen, die sich ihm bieten. Solcherart konzipiert, muss die Rückkehrberatung, wie dies bislang zumeist der Fall war, Teil einer umfassenden Migrations- und Flüchtlingssozialberatung bleiben. Diese Beratung, die auch die Möglichkeiten und Bedingungen einer Rückkehr einschließen kann, sollte möglichst frühzeitig einsetzen, denn eine Sozialberatung, die erst nach der endgültigen Ablehnung eines Asylbegehrens einsetzt, kann nur noch auf die eine oder andere Art eine Ausreiseberatung sein. (...)

Die Anbieter von Rückkehrberatungs- und Rückkehrförderungsmaßnahmen müssen sich, wollen sie nicht ihre Glaubwürdigkeit verspielen, der Instrumentalisierung der Rückkehrberatung durch Ausländerbehörden stellen und entgegenstellen. Es sollte ihnen obliegen, Kriterien für eine sinnvolle und die Klienten respektierende Rückkehrförderung aufzustellen und sich dafür einzusetzen, dass die Migrations- und Flüchtlingssozialberatung nicht zu einer ausschließlichen und alternativlosen Ausreiseberatung mutiert. Die Anbieter müssen ebenfalls dafür Sorge tragen, dass die Freiwilligkeit der Inanspruchnahme

von Rückkehrberatung und Rückkehrförderung gewahrt bleibt. Dazu gehört auch die kritische Auseinandersetzung mit anderen, „freiwillig“ genannten Ausreiseförderungspraktiken.

Die Forderung nach einer Rückkehr in Würde, erhoben vom UNHCR, zerschellt oft an der Wirklichkeit der Ankunft im Herkunftsland. Eine sinnvolle Rückkehrhilfe kann Flüchtlinge und Migranten dabei unterstützen, im Herkunftsland wieder Fuß zu fassen. Bisherige Erfahrungen lassen jedoch vermuten, dass die Rückkehrberatung und -förderung das, was sie in Aussicht stellt, nur teilweise und mangelhaft erfüllt. Die Reintegration von Migranten und Flüchtlingen ist eine außerordentlich komplexe und mit vielen Schwierigkeiten verbundene Aufgabe. Die Rückkehrberatungs- und Rückkehrförderungsstellen sollte sich diesen Schwierigkeiten offen stellen und ihre Arbeit unabhängig evaluieren lassen, will sie nicht auf dem Niveau einer Rückflugscheinbeschaffungs-Agentur verharren, die ihre Klienten mit einem Handgeld ins Elend entlässt. 🇵🇸

## Nachhaltiges Schweigen

Miriam Bunjes

### Schuld sind Sparzwänge und mangelnde Hartnäckigkeit: Die „Initiative Nachrichtenaufklärung“ hat ermittelt, welche Themen es im vergangenen Jahr nicht in die deutschen Medien geschafft haben

Im Oktober 2002 wurde Frau K.s schlimmster Albtraum Wirklichkeit: Nach zwölfjähriger Duldung in Deutschland wurde die Kurdin mit ihren fünf Kindern in die Türkei abgeschoben. Sie hatte schon vorher gewusst, was sie als geschiedene Frau in ihrem Heimatdorf erwartet: bittere Armut, gesellschaftliche Verachtung und eine Zwangsheirat ihrer ältesten Tochter mit einem Cousin, den sie nicht liebt. Über Frau K.s neues Leben in einem kleinen kurdischen Dorf in der Nähe der irakischen Grenze weiß auch die deutsche Öffentlichkeit Bescheid. Eine Journalistin besuchte die Familie, berichtete über die fast täglichen Vergewaltigungen der zwangsverheirateten 16-jährigen Tochter und über die Drohungen und Anfeindungen im Alltag der Mutter.

Solche Berichte sind selten. „Während laufender Abschiebeprozesse wird durchaus darüber berichtet, dass Menschen in ihren Heimatländern gesellschaftlicher Verfolgung ausgesetzt sein könnten“, sagt Horst Pöttker, Geschäftsführer der Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) an der Universität Dortmund. „Was wirklich nach einer Abschiebung mit den Menschen passiert, erfährt man dagegen fast nie.“ Deshalb ist für die Initiative Nachrichtenaufklärung das Thema „Aus Deutschland abgeschoben - und dann?“ diesmal Top 1 der vernachlässigten Themen aus dem Jahr 2004. „Es ist ein strukturelles Problem, dass solche Themen in den deutschen Medien keine Verbreitung finden“, so Pöttker. „In Ländern wie der Türkei gibt es eben in der Regel keine dauerhaften Korrespondenten - das verhindert die Sparzwänge der Medien.“

Und weil das Thema nicht ohne große Kosten recherchiert werden kann, wird kaum darüber berichtet. „Es gibt heute einen generellen Mangel an nachhaltigem Journalismus“, sagt Journalistikprofessor Pöttker. „Eigentlich wäre es gar nicht schwierig, konkrete Fälle für unser Topthema aufzuspüren. Den meisten Journalisten fehlt es jedoch an Hartnäckigkeit und Engagement.“

Mehr unter [www.nachrichtenaufklaerung.de](http://www.nachrichtenaufklaerung.de)  
(Abdruck mit freundlicher Genehmigung der tageszeitung)